

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

5 (1.6.1946)

Badische Volksstimme

Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirksleitung Baden

Jahrgang 1, Nr. 5

Mannheim, den 1. Juni 1946

Preis 10 Pfg.

Der Verfassungsrummel — ein Ablenkungsmanöver

In dieser Woche ist viel geredet und geschrieben worden über die neue Verfassung von Nordwürttemberg-Baden. Das Vorparlament in Stuttgart war zu einer besonderen Tagung zusammengetreten, um den Entwurf einer neuen Verfassung zur Kenntnis zu nehmen und darüber zu reden. Mehr Rechte hat dieses Parlament nicht! Der Entwurf, der fernab jedes wirklichen Lebens, als Doktorarbeit in einer professoralen Gelehrtenstube entstanden ist, läßt nichts von neuem, fortschrittlichem Geiste verspüren. Im Gegenteil! Muffige, mittelalterliche Luft schlägt uns entgegen, wenn wir diesen Verfassungsentwurf zur Hand nehmen, um die Grundlagen einer wirklichen Demokratie zu finden.

Schöne Worte gibts in dem Entwurf genug, sie sind billig, denn sie kosten keinen Pfennig; meist sind sie aus dem Weimarer Vorbild abgeschrieben.

Die Würde des Menschen und die menschlichen Grundrechte werden in dreizehn Paragraphen lang und breit behandelt, ohne allerdings irgendwelche Schlußfolgerungen zu ziehen oder Verpflichtungen abzuleiten. Der Mensch hat Würde, schön, aber

was soll das hungernde Volk mit Menschenrechten anfangen, wenn nicht die ökonomischen Voraussetzungen geschaffen werden, die der Abhängigkeit des Armen von dem Reichen, der Ausbeutung der Werktätigen durch die Besitzenden ein für allemal ein Ende setzen?

Für diese Grundfragen unseres ganzen zukünftigen Lebens hat diese Verfassung ganze fünf Paragraphen übrig, und der Verfasser schließt dieses Kapitel mit der lakonischen Feststellung: „Von einer Formulierung von Einzelfragen ist bewußt Abstand genommen worden.“ Das heißt mit dürren Worten, daß die Verfassung nicht daran denkt, die ökonomischen Grundlagen der heutigen Ausbeuterordnung anzutasten. Das Volk soll wieder einmal mit ein paar schönen Phrasen von „sozialer Gerechtigkeit“ abgespeist werden. Das ist der Geist, der eine wirkliche Bodenreform ablehnt, und eine Industriereform, die den Arbeitern das entscheidende Mitbestimmungsrecht in den Betrieben geben soll, als Betriebskommunismus verhöhnt.

Demokratie und Parlamentarismus werden in dem Entwurf als die Grundlagen des Staates behandelt und in der Formulierung „Alle Gewalt geht vom Volke aus“ ausgesprochen. Daß diese politische Formulierung eine bunte Seifenblase ist, wenn nicht die ökonomische Demokratie geschaffen wird, ist eine Binsenwahrheit, die bereits dargelegt wurde. Aber den Gestrigen, die es wagen, diesen Verfassungsentwurf als frei und fortschrittlich dem Volke zu empfehlen, geht selbst die gegenwärtige Form des Parlamentarismus zu weit. Sie setzen dem neu zu wählenden Landtage noch einen Schutzmantel in Form eines „Senats“ auf die Nase, der aus „älteren, verdienten Staatsbürgern“ bestehen soll. Da werden also nicht nur die Gestrigen, sondern auch die Vorgesetzten aus den Mottenkisten hervorgeholt, um dem Volke Vormund zu sein. Der Landtag, vom Volke gewählt, kann jederzeit von diesen Gespenstern der Vergangenheit behindert, und seine Beschlüsse können korrigiert werden.

jedenfalls kommt der Entwurf von einer stockreaktionären, volksfeindlichen Beamtenbürokratie.

Damit kommen wir zum Schlusse unserer Betrachtung und gleichzeitig zu der Beantwortung der Frage, warum das Volk gerade jetzt den Verfassungsentwurf hingeworfen bekommt.

Das hungernde Volk erwacht und sucht die Schuldigen seines Elends. Jeden Tag wird es klarer, daß kein Aufbau möglich sein wird, wenn nicht die Ursachen der Katastrophe beseitigt werden. Diese Ursachen aber sind die ökonomische Herrschaft des Monopolkapitalismus der Großbanken, der Grafen und Barone und ihrer politischen Beauftragten, der reaktionären Verwaltungen in Regierung, Stadt und Dorf. Diese treuen Trabanten des Hitlersystems, diese wahren Kriegsschuldigen, sitzen noch immer im Sattel. Sie müssen endlich und endgültig entmachtet werden, wenn Not und Elend ein Ende nehmen sollen.

Eine neue ökonomische Ordnung muß kommen, und neue Frauen und Männer, wirkliche Kämpfer gegen den Faschismus, müssen die neue Verwaltung im neuen Deutschland bilden: Wir brauchen keine neue Verfassung, sondern eine neue Verwaltung.

Eine neue Verfassung ist keine Tat, sondern toter Buchstabe, wenn nicht eine neue, aus dem fortschrittlichen Volke gebildete Verwaltung anstelle der muffigen Rückschrittler ans Ruder kommt.

Bodenreform und Industriereform als weitere Schritte zur wirklichen Befreiung von Not und Abhängigkeit und zur Sicherung einer friedlichen Zukunft sind das Gebot der Stunde. Diese drei Voraussetzungen, um die der Kampf immer härter geführt werden wird, sind es, von denen die breiten Massen durch den vorliegenden Verfassungsentwurf abgelenkt werden sollen.

Anstelle von Taten — schöne Worte,
anstelle von Brot — Redensarten,
anstelle von Fortschritt — Reaktion.

Das arbeitende Volk in Baden aber kennt seine Pappenheimer und wird mit wachen Sinnen fest entschlossen seinen Zukunftsweg beschreiten. (Schreck.)

Die
EINHEIT
der Arbeiterbewegung

K
SPD
D

ist die stärkste demokratische
Stütze für die ungeteilte
deutsche Republik!

Alle weiteren Artikel sind von demselben reaktionären Geiste getragen — sie atmen alle den Pesthauch der Reaktion, verbrämt hinter schönen Worten, die nichts kosten.

Die Väter dieses Verfassungsentwurfes zu finden, ist ein Leichtes. Es ist nicht wesentlich, ob der Verfasser Schmid heißt; es könnte auch Mayer oder Schulze sein;

Der tiefere Hintergrund

des Separatismus, Partikularismus, Föderalismus und der Bundesstaaterei jeder Art: Die Reaktionäre, Militaristen und Imperialisten wollen durch die Vielstaaterei der Reaktion und dem Imperialismus wenigstens eine Teilposition in diesem oder jenem deutschen Land erhalten. Sie sind Volksmörder und Landesverräter!

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgabe geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Veredelt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er der Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Die Einheit ruft!

Innenminister Hans Venedey!

Für die Sozialistische Einheitspartei

Der hessische Innenminister Hans Venedey, einer der hervorragendsten Vertreter der Großhessischen Sozialdemokratie, hielt kürzlich in Singen eine Rede, in der er betonte, daß das Versagen der Weimarer Demokratie auf die Spaltung der Arbeiterklasse zurückzuführen sei. Er erklärte weiter: „Wir stehen zusammen mit der Bruderpartei der Kommunisten und sind überzeugt, daß wir ehrlich zusammen denselben Weg zum selben Ziele gehen werden. Die Reaktion sammelt sich bereits wieder. In dieser Situation ist die Sozialistische Einheitspartei eine Notwendigkeit.“

Bildung von Organisationsausschüssen

In Mannheim - Seckenheim haben Angehörige der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei, sowie Parteilose bei der amerikanischen Militärregierung um ihre Zustimmung zur Bildung eines Organisationsausschusses zur Vorbereitung der SED nachgesucht.

Einheitsgedanke reicht weit über die Grenzen!

Der Einheitsgedanke reicht weit über unsere Grenzen und dringt bis in die Kriegsgefangenenlager.

So ist soeben ein Brief zweier Schwetzingen aus Jugoslawien eingetroffen:

„Zum 1. Mai 1946! Wir bekennen uns zum Zusammenschluß der beiden sozialistischen Arbeiterparteien im Reich, gegen den imperialistischen Krieg, gegen Kapitalismus und Feudalismus, für Völkerfrieden, Freiheit und Recht.“

August Koob, Hans Jahn,
126. Batl. 1. Komp., Split-Selin,
Jugoslawia/Dalmatia.

Entschließung der Betriebsräte und Vertrauensmänner der Fa. Carl Freudenberg

Die am 24. Mai 1946 in Weinheim im alten Rathausaal versammelten Betriebsräte und Vertrauensmänner der Fa. Carl Freudenberg sehen in der heute noch bestehenden Zersplitterung der Arbeiterschaft in verschiedene Parteien eine große Gefahr für den demokratischen Neuaufbau der Wirtschaft und des Staates. Sie sind der Auffassung, daß alle kleinen Gegensätze auf die Seite gestellt werden müssen und richten an die beiden Arbeiterparteien die dringende Mahnung, auf dem schnellsten Wege neben der gewerkschaftlichen Einheit, die schon besteht, auch die politische Einheit herzustellen.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute
der Fa. Carl Freudenberg, Weinheim.

Der ehemalige Mannheimer Pfarrer Eckert

auf einer Massenversammlung der Kommunistischen Partei in Mannheim:

„Wie soll die Einheit entstehen? Sie muß zunächst ihren Schwerpunkt finden in dem Zusammenschluß der KPD und der SPD zu einer Einheitspartei. Ich weiß sehr wohl, daß dagegen vieles eingewendet wird und daß Schumacher den Kommunisten alle möglichen Dinge vorwirft, und auch die Genossen Sommer und Trumpfheller, die ich noch gut kenne und von denen ich glaube, daß sie das Rechte wollen, aber das Verkehrte tun!“

Man sagt, die Einigung wird dadurch verhindert, daß die Kommunisten nicht eine deutsche Partei sind, sondern eine Partei, die abhängig ist vom Ausland, d. h. natürlich von der Sowjetunion. Warum sagen uns das Trumpfheller, Sommer und Schumacher? Sie wollen dadurch die Stimmung,

sten Reden in England zu halten? — Wer bekommt Glückwunschtelegramme?

Wir dagegen sagen: Schumacher, wir haben nur das eine Ziel, Deutschland aus dem Jammer herauszuführen. Wir orientieren uns weder nach dem Osten, noch nach dem Westen, weder nach Frankreich, noch nach England, noch nach Amerika, noch nach der Sowjetunion, sondern nur danach, wie wir unser armes Volk aus dem Jammer der Gegenwart herausführen und in eine bessere Zukunft geleiten können. Wir wollen eine deutsche Politik des Aufbaus, eine deutsche Politik der Zukunft!

Vergeßt nicht, die Einheit zu schaffen! Hofft nicht auf das Ausland! Hofft auf die Kraft, die in euch selbst ist! Das Ausland wird uns erst dann helfen, wenn es merkt, daß wir uns aus eigener Kraft entschlossen haben, aufzubauen. — Kriecht nicht vor den Besatzungsbehörden! Seid stolz und aufrecht auch in der Not — auch im Zusammenbruch — soweit ihr aufrecht stehen könnt und ein reines Gewissen habt. Vergeßt mich nicht! Mein Herz ist bei Euch! Kämpft — damit wir siegen! Vorwärts zur Einheit!“

*

Pfarrer Eckert, ein wahrer Volksfreund!

Ihr wißt ja, daß ich Pfarrer war, und dort hinten liegen die Trümmer der Kirche, von deren Kanzel ich aus Ueberzeugung gepredigt habe für den Frieden und die sozialistische Gemeinschaft. Ich habe mich, seitdem ich nicht mehr gepredigt habe, nicht im geringsten verändert. Ich könnte heute wieder auf die Kanzel steigen und predigen, weil mein Herz und meine Seele überzeugt sind, daß ein wahrer Christenmensch mitten unter den Armen kämpfen muß für ihre Freiheit! Wie oft habe ich gepredigt und gesagt: Ihr betet „Unser Vater“, wißt ihr denn, was ihr damit aussprecht? Wißt ihr, daß ihr damit sagt, daß alle Menschen zusammengehören, wie die Kinder eines einzigen Vaters? Und wißt ihr, daß ihr so lange vor eurem Gewissen angeklagt seid, als eure eigenen Brüder in Elend und Jammer zugrundegehen und die einen nicht wissen, was sie für den anderen zu tun haben!

Als ich im Zuchthaus saß, jahrelang in den engen Zellen, in den ersten Zeiten wie lebendig begraben, nichts hörte als manchmal das Rasseln der Schlüssel der Wärter, die hereinkamen, und das Aufschreien eines Gequälten in der Nacht der Vernehmungen, wenn ich manchmal in der engen Zelle saß, da kam mein Schwur, daß diese Opfer nicht umsonst sein dürfen, und wenn ich wieder herauskomme, dann will ich Tag und Nacht kämpfen dafür, um die Seelen der Menschen bereit zu machen für den Kampf um eine neue Ordnung, in der es keine Unterdrückung der Arbeiter mehr gibt, keine Ausbeutung der Menschen durch den Menschen, keine Unterdrückung der Freiheit und keine Bereitschaft der Herzen zum Krieg, und damals habe ich mir geschworen: und wenn du nur noch ein paar Jahre leben solltest, deine Kraft gehört der Befreiung des Proletariats!



die nach der Goebbelschelte gegen die Sowjetunion heute noch da ist, neu entfachen, um sie zu benützen, die Einheit des Proletariats unmöglich zu machen.

Aber Genosse Schumacher, Sommer und Trumpfheller, wie sieht es denn bei Euch aus? Mir dünkt, daß man den Eindruck bekommen könnte, als ob Ihr vom Westen abhängt und das deutsche Proletariat verhindern wollt, eine eigene Politik zu treiben. Genosse Schumacher, es ist eine auffallende Tatsache, daß im „Tagesspiegel“ über den Parteitag der SPD in Hannover folgender Satz stand: „Nachdem Schumacher geendet hatte, brandete gewaltiger Beifall hoch, der sich zum Orkan erhob, als zwei Vertreter der englischen Militärregierung ihn zu seiner Rede beglückwünschten.“ Was glaubt ihr, wenn die russische Militärbehörde dem Genossen Pieck oder Grotewohl die Hand gereicht hätte bei der Vereinigung? Ich glaube, Ihr würdet schreien: Die SED ist nichts anderes als ein ausführendes Organ der Roten Armee.

Und Genosse Schumacher: Wer fliegt nach England? Wer bekommt von der englischen Arbeiterpartei immer wieder den Rücken gestärkt? Wer ist eingeladen, nach Pfing-

Das deutsche Volk ist ein Leib — Ihr seid ein Glied dieses Leibes

Georg Büchner (1813-37).

Der Graf von Berckheim sammelt „Unterschriften“

Auf den Artikel in der „Badischen Volksstimme“ hat der Graf von Berckheim an jeden der betroffenen Bauern ein Schreiben folgendes Inhalts gerichtet:

„Von gewisser Seite in Leutershausen werden, wie wir festgestellt haben, wahrheitswidrige und verleumderische Behauptungen verbreitet und zwar dahingehend, daß der Graf von Berckheim von jedem Pächter, der bei uns Wiesengelände gepachtet hat, die Abgabe von 1 Wagen Mist verlangt habe, andernfalls er bei der Weiterverpachtung der Wiesen nicht mehr berücksichtigt werden könne.

Diese Behauptung ist wahrheitswidrig und verleumderisch. Tatsache ist, daß es sich bei unserer Bitte um Ueberlassung von Mist um eine völlig freiwillige Aktion handelte und daß die Vergebung der Wiesen größtenteils schon erfolgt war, als wir an die Pächter herangetreten sind. In keinem Fall ist die Zuteilung von Wiesen oder die Weiterverpachtung von der Abgabe von Mist abhängig gemacht worden.

Trotzdem wären wir Ihnen verbunden, wenn Sie uns mitteilen würden, ob auf Sie von irgendeiner Seite ein Druck wegen Abgabe von Mist ausgeübt worden ist, falls ja, durch wen? —“

Der Graf von Berckheim sammelt also Unterschriften, um sich reinzuwaschen, eine Methode, die sich bei vielen aktiven Pgs als nicht unwirksam erwiesen hat. Wie es mit der Freiwilligkeit aussieht, bezeugt das nachstehende Schreiben, das ein Leutershausener Bauer, dessen Namen wir hier noch nicht nennen wollen, auf obige Anforderung an den Grafen von Berckheim gerichtet hat:

„Auf Ihr Schreiben vom 15. 5. 46 habe ich folgendes zu erwidern: Der von Ihnen beauftragte Güteraufseher, Name weiß ich nicht, kam auf meinen Hof und erklärte mir, er käme vom Berckheim'schen Rentamt mit dem Auftrag, bei den Bauern von Leutershausen, welche Wiesen gepachtet haben, Mist zu verlangen. Auf meine Erklärung, daß der Dung Mangelware sei, überhaupt die Düngung des Feldes ungenügend ist, erklärte mir der Güteraufseher: Wenn wir für unseren Weinberg keinen Mist bekommen, so können wir diejenigen, welche nichts abgeben, bei der nächsten Verpachtung nicht mehr berücksichtigen. Selbstverständlich kann der kleine Bauer auf die Wiesen nicht verzichten und auf Grund dessen haben auch die meisten den Dung abgegeben. Von einer Freiwilligkeit kann nicht die Rede sein. Unterschrift.“

Nachstehend erhalten wir noch eine Zuschrift aus Leutershausen:

„Die „gewisse Seite“ in Leutershausen ist die Kommunistische Partei. Sie betrachtet es als ihre Pflicht, gegen solche Methoden zu protestieren und dieselben zu unterbinden. Betroffene Bauern haben uns erklärt, daß bei der großen Knappheit an Düngemitteln von einer freiwilligen Abgabe gar keine Rede sein könne, daß lediglich die Angst, das Wiesengelände nicht mehr zu bekommen, sie zur Abgabe von Mist bewogen hat. Verschiedene Bauern haben die Abgabe von Mist abgelehnt, da ihnen genügend Acker- gelände zur Verfügung steht und sie nicht unbedingt auf das Wiesengelände angewie-

sen sind. Wir glauben, daß wir damit dem Herrn Grafen im Sinne der Bauern von Leutershausen geantwortet haben.“

Hätten die Bauern den Dung auch abgegeben, wenn sie kein Pachtland des Grafen hätten? Nein! — Niemals! Schon in dieser Tatsache liegt der Zwang, der wirtschaftliche Druck. Wir wiederholen:

Es soll jeder nur das ernten, was auf seinem eigenen Mist wächst!

Wir fordern eine demokratische Bodenreform auch in Baden und in ganz Deutschland zur Entmachtung der reaktionären Grafen und Barone auf dem Dorfe!

Die Bodenreform in Baden muß dem Bauern das Land zurückgeben, ihn befreien von Pachtlasten und Frohnden für Grafen, Barone, für die Herren adeligen Großgrundbesitzer. Ihre Güter müssen aufgeteilt werden, um durch eine intensive Bodenbewirtschaftung durch die Kleinbauern einen höheren Ertrag für unsere Ernährung zu sichern.

Wer schuftet schwer und sauer?

Der Junker nicht, der Bauer,

Wer lebt auch jetzt recht munter?

Der Bauer nicht, der Junker!

Gestohlen oder versickert?

Für Baden waren aus Hannover 5000 Ztr. Saatkartoffeln, Elite-Sorte, zugesichert. Ein Teil wurde im Herbst geliefert. 2000 Ztr. fehlten noch und sollten im Frühjahr kommen. Hannover verlangte dagegen eine Lieferung von Speisekartoffeln im Verhältnis 3 zu 1. Schließlich einigte man sich auf 1 zu 1.

Es kam ein Zug nach Tauberbischofsheim, dort wurden neun Waggons abgehängt und zwar gerade Eliten und Hochzuchten. Kein Mensch kann heute mehr nachweisen, wohin die neun Waggons verschwunden sind, kein Mensch bezahlt die Rechnung und niemand weiß, wohin sie kamen.

Nur der Kundige kann die Tragweite dieses Diebstahls ermessen. Eliten und Hochzuchten kommen direkt von den Saatzuchtbetrieben und dienen zur Auffrischung der Sorten und um eine Degeneration auszuschalten. Jeder Bauer wechselt sein Saatgut mindestens alle 3—4 Jahre. Diese neun „gestohlenen“ Waggons sind wahrscheinlich zu Speisezwecken verwendet worden. Sie ergäben für das kommende Jahr ungefähr 20 000 Zentner wertvolles Saatgut.

Was hat man zur Auffindung der Schuldigen getan?

An die richtige Adresse!

Durch die Wachsamkeit der Kommunistischen Partei Bretten gelang es, einen Waggon Düngemittel, der seit 1. 2. 1946 bei der Firma Gebr. Hasch sichergestellt war, durch die Behörden zu beschlagnahmen. Als Besitzer dieses Waggons konnte der Sohn eines Direktors der Kalifabriken im Rheinland festgestellt werden.

Auf die Anfrage, was mit diesem Kali eigentlich geschieht, wurde uns mitgeteilt, daß es „in den nächsten Tagen“ von München abgeholt wird, um dort den Bauern zur Verfügung gestellt zu werden. Der

Transport wurde diesen „hilfsbereiten Menschen“ erspart, das Kali beschlagnahmt und unter die Bauern in Bretten verteilt. Es wurde also ganz im Sinne des hilfsbereiten Waggonbesitzers gehandelt. Für die Bauern von Bretten und Umgebung war dies eine besondere Freude, und wir sind gerne bereit, auch weiterhin den Direktoren und ihren Söhnen in der Verteilung lebenswichtiger Produkte „unter die Arme zu greifen“.

Aus Seckenheim wird berichtet!

In vielen Dörfern findet man Scheunen, die teilweise ohne Dachziegel jeder Witterung ausgesetzt sind. Die darin noch untergebrachte Ernte sowie Futtermittel und die Gebäude selbst gehen zugrunde. Ein Verbrechen in unserer heutigen Notlage! Es muß alles getan werden, um einen Teil dieser Scheunen mit ihrem unersetzlichen Inhalt zu retten und sei es dadurch, daß man einen Teil der stärker beschädigten Gebäude restlos abdeckt und mit diesen Schindeln andere Schäden behebt.

Pfarrer Eckert zur Bodenreform:

„Sie haben, Genosse Schumacher, gesagt, daß Sie zwar für die Agrarreform sind. Wenn Sie das nicht gesagt hätten, wären Sie ja wohl als Marxist unmöglich. Aber Sie haben gesagt, die Sozialdemokratische Partei ist nicht für die Bodenreform, wie sie im Osten durchgeführt wurde, wo man die letzte Kuh und die letzte Maschine wegnimmt. Als ob die Zerkleinerung des Großgrundbesitzes organisatorisch irgend etwas mit dem Wegnehmen von Kühen und Schweinen zu tun hätte. Diese Kühe und Maschinen sind vorher schon verschwunden gewesen. Aber was hat das damit zu tun, daß wir fordern, daß diese Großgrundbesitze aufgelöst werden?“

Nach unserer Meinung soll keiner mehr Land besitzen, als er selbst bebaut!

(Am 24. 5. 46 auf einer Massenversammlung der KPD in Mannheim.)

Der Florian Geyer

Wir sind des Geyers schwarzer Haufen, heia oho,

Und wollen mit Tyrannen raufen, heia oho. Spieß voran, drauf und dran, Setzt auf's Junkerland den Ackermann.

Als Adam grub und Eva spann, heia oho, Wo war denn da der Edelmann, heia oho? Spieß voran, drauf und dran, Setzt auf's Junkerland den Ackermann.

Geschlagen kehrten sie nach Haus, heia oho,

Wir Enkel fechten's besser aus, heia oho, Spieß voran, drauf und dran, Setzt auf's Junkerland den Ackermann.

(Florian Geyer war Ritter im Dienste Albrechts von Preußen. Er trat im Jahre 1525 auf die Seite der Bauern und wurde ein fanatischer Kämpfer für die Befreiung derselben von dem Joche und der Knechtschaft der „Edelleute“. Am 8. 6. 1525 wurde Florian Geyer bei Ingolstadt ermordet.)

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Arbeit für die Errichtung einer großen Fabrik geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine eigenschattliche Arbeit. Der Kampf gegen den Militarismus, in der der Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Offener Brief

an den Geschäftsführenden Direktor der Badischen Kommunalen Landesbank
— Öffentliche Bankanstalt — Mannheim,

Herrn Direktor Hans Walter, Mannheim, Leibnizstraße 8.

Herr Direktor!

Ist es wahr, daß Sie

1. Parteianwärter oder Pg. waren, sehr eifrig Dienst als Blockleiter der Partei machten und die Kartel des Blockes der Partei-Ortsgruppe „Horst Wessel“ in persönlicher Verwahrung hatten,
2. bei Privatpersonen, und Firmen große Geldsummen (Tausende von Mark) für die Partei sammelten, über die nur mit Ihrer Unterschrift verfügt werden durfte,
3. sehr stolz waren auf Ihre Beziehungen zum Kreisleiter Schneider und diesem in seiner Wohnung Besuche abstatteten,
4. die Freundin des Kreisleiters, Frau Z., bei Ihrer Bank einstellten, der Betreffenden nach ihrer wegen angeblicher „Krankheit“ erfolgten Entlassung ca. sechs Monate das Gehalt weiterzahlten, obgleich bekannt war, daß Frau Z. gesund war und munter den Haushalt des Kreisleiters führte,
5. im September 1943 aus Mitteln der Bank, also aus öffentlichen Mitteln, der Kreisleitung RM 10 000.— spendeten, die restlos für Zigarren- und Zigarettenrechnungen der Kreisleitung verbraucht wurden,
6. der Partei-Ortsgruppe „Horst Wessel“ kostenlos Räume und Möbel im Bankgebäude zur Verfügung stellten, woselbst mit

Herr Direktor!

Sie werden zu diesen schwerwiegenden Anschuldigungen Rede und Antwort stehen müssen!

Ihrem Wissen und Einverständnis ein Parteileiter aufgestellt wurde, der die Lügenparolen ins Volk trug,

7. Ihren leitenden Bankangestellten gestatteten, während der Dienststunden Parteigeschäfte zu erledigen,
8. in Wort und Schrift das Gedankengut des Nationalsozialismus verherrlichten und sich in den Vertrauensratssitzungen der Bank immer und immer wieder 100-prozentig zum Nationalsozialismus bekannten,
9. in Ihren berüchtigten „Frontbriefen“ den „Führer“ Adolf Hitler verherrlichten, den englischen Außenminister als „geistig verwirrt“ hinstellten, eine ganz üble Kriegspropaganda betrieben und erklärten, die deutsche Wehrmacht sei berufen, die Gefahr für ganz Europa, „kosakisch“ und „jüdisch“ regiert zu werden, abzuwenden,
10. noch jetzt den Nazi-Betriebsobmann Pg. Bosecker weiterbeschäftigen, den ehemaligen Verbindungsmann und Bannerträger der Partei, der während des Krieges mit Ihrem Einverständnis in der Bank von Büro zu Büro ging und die waffenfähigen Männer zum Eintritt in die Waffen-SS aufforderte mit dem Bemerken, daß jeder zu folgen habe, wenn der „Führer“ ruft!

in Mosbach sollen es ebenso viel gewesen sein. Die Eier waren für Mannheim bestimmt, sie wurden aber nicht abgeholt. Herr Direktor Schmidt begründete dies zunächst damit, daß zu jenem Zeitpunkt nicht genügend Transportmittel zur Verfügung gestanden hätten. Der Angeklagte Rommeis: „Mir, als einem Fachmann können Sie das nicht erzählen! Diese Anzahl Eier bringt man auf einem mittleren Lastwagen unter!“ In diesen kritischen Augenblicken schien es, als ob der Sachverständige selbst zum Angeklagten geworden sei. Er lenkte ab: „Mit dem Eiereinkauf hatte das Ernährungsamt eigentlich nichts zu tun! Damit war eine Firma D... beauftragt. Es ist die Schuld dieser Firma, wenn die Eier nicht abgeholt wurden.“

Da sind wir durchaus anderer Meinung als Herr Direktor Schmitt. Wir glauben, daß es Sache des Ernährungsamtes sein muß, darüber zu wachen, daß der mit dem Abholen beauftragte Geschäftsmann so wichtige Lebensmittel auch tatsächlich nach Mannheim bringt. Wir glauben, daß es Sache des Ernährungsamtes ist, diesen Geschäftsmann sofort auszuschalten und durch einen anderen zu ersetzen — zumal über diesen Geschäftsmann im Volk sehr merkwürdige Dinge berichtet werden —, wenn er dazu unfähig ist.

Dem unbestechlichen Beobachter drängt sich unwillkürlich eine Rechnung auf:

10 Ztr. Butter der Allgemeinheit entzogen 9 Monate Gefängnis — 400 000 bis 500 000 Eier der Mannheimer Bevölkerung entzogen — aber Herr Direktor Schmitt hat vielleicht als Leiter von gleichzeitig zwei für die Volksernährung so wichtigen Ämtern wie die Milchzentrale und das Ernährungsamt doch nicht die Zeit um derartigen Lappalien allzuviel Beachtung zu schenken.

Und dennoch: Warum tritt er nicht von der Leitung der Milchzentrale zurück und widmet sich ganz der umfangreichen Arbeit als Leiter des Ernährungsamtes? Die Kommunistische Partei hat doch für die Milchzentrale einen ausgezeichneten und erprobten Fachmann vorgeschlagen! Oder vielleicht gerade deshalb?

Haben wir Mehl im Ueberfluß?

Der Abschluß eines Warenaustausches zwischen Thüringen und Nordbaden-Württemberg ist ein erfreulicher Fortschritt auf dem Wege der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Jedoch vernehmen wir mit Erstaunen, daß die erste Lieferung nach Thüringen aus Mehl und Stopfgarn bestehen soll. Angesichts der Tatsache, daß die russisch-besetzte Zone ernährungsmäßig besser gestellt ist, als die unsrige, scheint dies gleichbedeutend mit einer Kohlenlieferung ins Ruhrgebiet. Der Mangel an Brotgetreide in der amerikanischen Zone führte zu einer starken Kürzung der Brotration. Der Leidtragende dieser Zwangsmaßnahme ist das Volk. Und das Volk wirft die Frage auf: Handelt es sich bei diesem Warenaustausch um eine Sabotage der maßgebenden Bürokratie, oder ist derselbe der Unfähigkeit dieser Stellen zuzuschreiben? Wir fordern deshalb entscheidenden Einfluß wirklich demokratischer Kräfte in allen Verwaltungsorganen.

Freiherrliche „Demokraten“!

Ein Leser schreibt uns:

Ihr Artikel „Die Reaktion greift an“, war uns aus dem Herzen geschrieben. Ueber den Leiter des Landkreis-Wirtschaftsamtes, Freiherr v. Gienanth, sind Sie offenbar im Bilde. Seine militärischen Verflechtungen sind bekannt. Sein Bruder: General! Sein Schwager soweit wir unterrichtet sind: Besatzungsgeneral in Polen und steht auf der Hauptschuldigenliste Klasse 1. Auch sonst sind noch alle möglichen militärischen Verwandtschaften vorhanden — kurz — er bringt für eine leitende Stellung in der neuen Demokratie alle Voraussetzungen mit!

Charakteristisch ist noch folgendes:

Zur standesgemäßen Unterbringung seiner Familie erhielt der Freiherr von der Stadtverwaltung Weinheim eine große, schöne Wohnung. Aus der Befürchtung heraus, es könne ihm zugemutet werden, Ostflüchtlinge oder andere Obdachlose in seine „Gemächer“ aufzunehmen, ließ er, ohne den Hausbesitzer zu fragen, durch Arbeiter der Firma Freudenberg (er ist ein intimer Freund des Wehrwirtschaftsführers Freudenberg) eine Wand herausbauen, wodurch die Wohnung die gewünschte Zimmerzahl hatte. Fürwahr, eine praktische Lösung des Wohnraumproblems!

So sehen die „Demokraten von Heute“ aus und so handeln sie. Deshalb unsere Kampf-ansage allen notorischen Militaristen und Reaktionären, die sich unter dem Mantel der Demokratie verstecken und unserem sozialen Aufbau mit allen Mitteln entgegenarbeiten.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber und Karl Schneider, Mannheim, S 3, 10. / Aufl. 30 000. / Druck: Gebr. Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24. Veröffentlicht mit Genehmigung der Militärregierung Württemberg-Nordbaden, Stuttgart.

Eier, Butter und eine Gerichtsverhandlung

Jeder, der aus eigensüchtigen und verbrecherischen Motiven die Notlage der hungernden Bevölkerung unserer Städte verschuldet und vergrößert, soll zur Rechenschaft gezogen werden.

Der „bekannte“ Mannheimer Eier- und Buttergroßhändler Rommeis wurde kürzlich zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er 10 Ztr. Butter sowie andere aus Bayern bezogene Lebensmittel ohne Marken in Mannheim zum Verkauf brachte.

Wir finden dies Urteil durchaus in Ordnung und wünschen nur, daß solche Schädlinge nach Verbüßung ihrer Strafe nicht wiederum die Möglichkeit haben, ihre verbrecherische Tätigkeit fortzusetzen. Man muß ihnen die Konzession entziehen und sie einer einfachen und nützlichen Tätigkeit beim Wiederaufbau unserer zerstörten Stadt zuführen.

Jedoch von großem Interesse waren die Beschuldigungen, die der Angeklagte gegen den als Sachverständigen fungierenden Direktor der Mannheimer Milchzentrale und gleichzeitigen Leiters des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes, Herrn Schmitt erhob.

Als im Sommer 1945 die Ernährungslage in Mannheim ganz besonders angespannt war, lagerten in Wertheim 200 000 bis 300 000 Eier;

In die Schlupfwinkel der Reaktion,
in die dunklen Kanäle des Schwarzhandels und der Spekulation,
in die schwärzesten Ecken der Korruption richten wir
das unbarmherzige Scheinwerferlicht der Wahrheit!

Die Stimme des Volkes

unbestechlich u. unerbittlich, der Reaktion ein Ärgernis, dem schaffenden Volke zu Nutz,
kann und wird nicht überhört werden!

Hilf mit durch Artikel, Berichte, Beobachtungen, Kritik, alles Dunkle, Kranke und Faule, alles, was mit der Reaktion verbunden ist, zu entlarven.

Du dienst damit dem Aufbau eines neuen und besseren Lebens!

Unsere Anschrift: Redaktion der Badischen Volksstimme, Mannheim, S 3, 10